

*Betreff:***Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 für den Teilhaushalt des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr und für die Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft des Referats 0660***Organisationseinheit:*Dezernat III
0600 Baureferat*Datum:*

17.10.2024

*Beratungsfolge*Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

22.10.2024

Status

Ö

Beschluss:

„1. Der Haushaltsplan 2025/2026 wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben fallenden Beschlüsse zu

- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt (Anlage 2)
- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2024 - 2029 (Anlage 3)
- den Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts (Anlage 4)
- den Ansatzveränderungen des Finanzhaushalts (inkl. IP) 2024 - 2029 (Anlage 5)

zur Annahme empfohlen.

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Haushaltsplan 2025/2026 für die Sonderrechnung Stadtentwässerung und für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben fallenden Beschlüsse zur Annahme empfohlen.“

Sachverhalt:Fachausschussunterlagen

Die Entwürfe zum Haushaltsplan 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 sind dem Rat vorgelegt worden. Die abschließende Beratung soll in der Sitzung des Rates am 17.12.2024 erfolgen. Zur Vorbereitung dieser Sitzung sind die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Haushalt in den Fachausschüssen zu behandeln.

Die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Tiefbau, Mobilität und Auftragsvergaben fallenden Anträge und Vorschläge sowie Anfragen zum Haushalt sind in den anliegenden Listen zusammengestellt bzw. als Anlagen beigefügt und werden hiermit zur Beratung vorgelegt.

Produktergebnisse

Die Anträge der Fraktionen/Stadtbezirksräte sowie die Ansatzveränderungen der Verwaltung haben Änderungen der Produkterträge und -aufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind die Auswirkungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat ermittelbar. Die Darstellung der endgültigen Produkt-Planbeträge erfolgt daher mit der Endausfertigung des Doppelhaushaltsplans 2025 / 2026.

Haushaltsreste

Nach aktuellem Stand sind für den Fachbereich 66 Haushaltsreste im Ergebnishaushalt und im Investitionsmanagement in Höhe von 16,2 Mio. Euro von 2023 auf 2024 zur Abwicklung von Geschäftsvorfällen übertragen worden. Hierbei handelt es sich um die als vorrangig dargestellten Bedarfe. Dies berücksichtigend ist davon auszugehen, dass diese Haushaltsmittel auch bereits in Anspruch genommen worden sind.

Leuer

Anlage/n:

Anlage 1: Anfragen und Anregungen der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2: Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt

Anlage 3: Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2024 - 2029

Anlage 4: Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts

Anlage 5: Ansatzveränderungen des Finanzhaushalts (inkl. IP) 2024-2029

Anlage 1

Anfragen / Anregungen

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 004 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

Text:

"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

Begründung:

In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden.

Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden?

Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

Antwort:

Ich nehme Bezug auf die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt "Transparenz in den Haushaltsberatungen" (DS 24-24333-01).

Im Rahmen des verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahrens wurde an die angemeldeten Mehrbedarfe der Organisationseinheiten ein strenger Maßstab angelegt und zur Vermeidung von Überplanungen den Anmeldungen der Ist-Aufwand des Jahres 2023 gegenübergestellt und analysiert. Hierdurch kam es bereits zu einer erheblichen Absenkung gegenüber den geltend gemachten Mehrbedarfen.

Als Reaktion auf die stark angespannte Haushaltslage wurde auf Basis dieser reduzierten Mehrbedarfsanmeldungen zusätzlich eine pauschale Reduzierung in Höhe von 3 % auf die Aufwandsbudgets der Teilhaushalte vorgenommen, von der allein die Teilhaushalte der Fachbereiche 40, 51 und 37 ausgenommen wurden.

Im späteren Vollzug des Haushalts besteht insoweit Flexibilität, dass die Dezernatsleitungen im Rahmen ihrer Fachverantwortung die im Haushaltsentwurf vorläufig bestimmten Ansätze, denen die pauschalen Kürzungen zunächst zugeordnet wurden, unterjährig innerhalb der Budgets eigenverantwortlich anders zuordnen können. Im Ergebnis dieses Planungsverfahrens erhält jede Organisationseinheit jedoch mindestens einen Inflationsausgleich im Vergleich zum Ist-Aufwand 2023.

Es wurde ebenfalls eine Priorisierung der Maßnahmen im Investitionsmanagement vorgenommen (s. u.a. Liste der Zukunftsprojekte (Ziffer 3.2.9.3) im Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2025/2026).

Rechnerisch konnte in dem verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahren dabei eine Ergebnisverbesserung von ca. 45 Mio. € erzielt werden (s. Präsentation zum Haushaltsentwurf 2025/2026).

Im Vergleich der Teilhaushalte im Doppelhaushalt 2023/2024 zu den Teilhaushalten im Haushaltsentwurf 2025/2026 sind die Ansätze für die Aufwendungen im Ergebnishaushalt insgesamt angestiegen. Die Ausweitung konnte jedoch durch die o. g. verwaltungsinterne Vorgehensweise begrenzt und die Überplanung in den Budgets weiter abgebaut werden.

Ferner hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen um die Ertragskraft für die Jahre 2025 ff. zu erhöhen. Dies erfolgt insbesondere durch die Anhebung der Grundsteuer B.

Gez. Geiger 17.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

Nachrichtlich
Anfragen / Anregungen im Original

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die
PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Diverse / FB 20

Produkt

Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

Begründung:

In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden.

Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden?

Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Anlage 2

Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte
zum Ergebnishaushalt

		Teilhaushalt			Veränderungen in €								Dauer	Anmerkungen			
lfd. Nr.	Nr.	Produkt-Nr. Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029				
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
		Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr				+ 1.318.500	+ 15.000	+ 1.318.500	0	+ 1.318.500	0	+ 1.318.500	0	+ 1.318.500	0		
1	098	1.54.5460.01 Parkraumbewirtschaftung	332120 Benutzungsgebühren Parkautomaten	Bündnis 90/Die Grünen	Erhöhung der Parkgebühren um 45 % Die Verwaltung hat zuletzt in der Stellungnahme 24-23832-01 die Entwicklung der Parkgebühren seit 2015 dargestellt. Danach hat es zuletzt im Jahr 2016 eine geringfügige Erhöhung der Gebühren in den Parkzonen I und II gegeben. Im Jahr 2018 gab es ebenfalls geringe Veränderungen durch einen geänderten Zuschnitt der Parkzonen. Im selben Zeitraum sind sowohl die Ticketpreise für den ÖPNV als auch die allgemeinen Lebenshaltungskosten inflationsbedingt deutlich stärker gestiegen. Eine Anpassung der Parkgebühren an den Verbraucherpreisindex ist somit überfällig und in der hier vorgeschlagenen Höhe angemessen. Weiter wird mit einer Erhöhung der Parkgebühren im öffentlichen Raum die Auslastung der Parkhäuser in der Innenstadt verbessert. Damit werden die Parksuchverkehre in der Innenstadt reduziert. Zusätzlich wird mit einer Erhöhung der Parkgebühren auch eine Lenkungswirkung angestrebt und eine verstärkte Nutzung des klimafreundlicheren Umweltverbundes bei Wegen in die Innenstadt erzeugt. Die hier vorgeschlagene Anhebung der Parkgebühren um 45 % würde dazu führen, dass sich der Ticketpreis von bislang 0,90 € auf 1,30 € für 30 Minuten erhöht. Als Berechnungsgrundlage für diesen Antrag dient die Stellungnahme 24-23832-01. Hier wird bei einer Erhöhung der Parkgebühren um 10 % von Mehreinnahmen in Höhe von 293.000 € ausgegangen. Es wird empfohlen, die Mehreinnahmen zur Förderung des Umweltverbundes (Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV) zu nutzen. <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> + 1.318.500 0 + 1.318.500 0 + 1.318.500 0 + 1.318.500 0 </div>										Dauerhaft	Ertragsserwartung der Antragstellerin	
				AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:								
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:								
2	171	1.51.5115.01 Verkehrsplanung	427115 Planungskosten	Bündnis 90/Die Grünen	Qualitätsstandards für Fußwege entwickeln Mit dem Beschluss über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) wurde innerhalb des Arbeitsfeldes 12: Zukunftsorientierte Mobilität festgelegt, dass ein Netz von Premium-Fußwegen und ein Flaneur-Plan entwickelt werden soll, um den fußläufigen Verkehr zu stärken (ISEK, Seite 174). Konkret heißt es im ISEK, dass für die Premium-Wege Qualitätsstandards im MEP festgelegt werden sollen und ein Konzept für den Flaneur-Plan erstellt werden soll. Da dies bislang nicht im Prozess der Erstellung des MEP berücksichtigt wurde, dieses Thema aber nach wie vor eine hohe Bedeutung hat, schlagen wir vor, ein										Einmalig		
				AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:								
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:								

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt / Kostenart

1.54.5460.01 / 332120

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2025/2026

Überschrift

Erhöhung der Parkgebühren um 45 %

Teilhaushalt: Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr, Seite: 802ff.

☒ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Öffentlich-rechtliche Entgelte, Zeile: 5

Produktnummer: 1.54.5460.01

Produktbezeichnung: Parkraumbewirtschaftung

Der Antrag gilt:

☐ einmalig

☒ dauerhaft

☐ 2025

☒ Ab 2025

☐ für Jahre

☐ 2026

☐ Ab 2026

☐ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -)

für 2025

+ 1.318.500 €

für/ab 2026

€

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -)

für 2025

€

für/ab 2026

€

Begründung

Die Verwaltung hat zuletzt in der Stellungnahme 24-23832-01 die Entwicklung der Parkgebühren seit 2015 dargestellt. Danach hat es zuletzt im Jahr 2016 eine geringfügige Erhöhung der Gebühren in den Parkzonen I und II gegeben. Im Jahr 2018 gab es ebenfalls geringe Veränderungen durch einen geänderten Zuschnitt der Parkzonen.

Im selben Zeitraum sind sowohl die Ticketpreise für den ÖPNV als auch die allgemeinen Lebenshaltungskosten inflationsbedingt deutlich stärker gestiegen. Eine Anpassung der Parkgebühren an den Verbraucherpreisindex ist somit überfällig und in der hier vorgeschlagenen Höhe angemessen.

Weiter wird mit einer Erhöhung der Parkgebühren im öffentlichen Raum die Auslastung der Parkhäuser in der Innenstadt verbessert. Damit werden die Parksuchverkehre in der Innenstadt reduziert.

Zusätzlich wird mit einer Erhöhung der Parkgebühren auch eine Lenkungswirkung angestrebt und eine verstärkte Nutzung des klimafreundlicheren Umweltverbundes bei Wegen in die Innenstadt erzeugt.

Die hier vorgeschlagene Anhebung der Parkgebühren um 45 % würde dazu führen, dass sich der Ticketpreis von bislang 0,90 € auf 1,30 € für 30 Minuten erhöht.

Als Berechnungsgrundlage für diesen Antrag dient die Stellungnahme 24-23832-01. Hier wird bei einer Erhöhung der Parkgebühren um 10 % von Mehreinnahmen in Höhe von 293.000 € ausgegangen.

Es wird empfohlen, die Mehreinnahmen zur Förderung des Umweltverbundes (Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV) zu nutzen.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift _____

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE_171 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Qualitätsstandards für Fußwege entwickeln

Begründung:

Mit dem Beschluss über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) wurde innerhalb des Arbeitsfeldes 12: Zukunftsorientierte Mobilität festgelegt, dass ein Netz von Premium-Fußwegen und ein Flaneur-Plan entwickelt werden soll, um den fußläufigen Verkehr zu stärken (ISEK, Seite 174). Konkret heißt es im ISEK, dass für die Premium-Wege Qualitätsstandards im MEP festgelegt werden sollen und ein Konzept für den Flaneur-Plan erstellt werden soll.

Da dies bislang nicht im Prozess der Erstellung des MEP berücksichtigt wurde, dieses Thema aber nach wie vor eine hohe Bedeutung hat, schlagen wir vor, ein Konzept für Qualitätsstandards für Fußwege außerhalb des MEP zu erstellen. Dabei sind insbesondere die Wege, die häufig von Kindern und älteren Menschen genutzt werden, zu betrachten. Mit den hier beantragten Mitteln könnte z.B. ein externes Planungsbüro beauftragt werden.

Stellungnahme:

Grundsätzlich gibt es in Richtlinien, Regelwerken, etc. festgelegte Standards für Verkehrsanlagen. In den Planungen stellt sich häufig heraus, dass aufgrund der örtlichen Gegebenheiten diese nicht für alle Verkehrsträger eingehalten werden können. Daraus resultiert, dass Kompromisse gefunden werden müssen, die die Nutzbarkeit der Verkehrsanlagen für alle ermöglicht. Über den bestehenden Standard hinausgehende Anforderungen (z.B. für Premium-Wege) würde die Planungsfreiheit weiter einschränken und bei Nichteinhaltung zu weiteren Diskussionen führen.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

Nachrichtlich
Anträge im Original

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller/in _____

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66

Produkt / Kostenart
1.51.5115.01 / 427115

ANTRAG ZUM *ERGEBNISHAUSHALT 2025/2026*

Überschrift

Qualitätsstandards für Fußwege entwickeln

Teilhaushalt: FB 66 Tiefbau und Verkehr, Seite: 802ff.

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Aufw. für Sach- und Dienstleistungen, Zeile: 15

Produktnummer: 1.51.5115.01

Produktbezeichnung: Verkehrsplanung

Der Antrag gilt:

☒ einmalig

☐ dauerhaft

☐ 2025

☐ Ab 2025

☐ für Jahre

☐ 2026

☐ Ab 2026

☐ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -)

für 2025

+ 15.000 €

für/ab 2026

€

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -)

für 2025

€

für/ab 2026

€

Begründung

Mit dem Beschluss über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) wurde innerhalb des Arbeitsfeldes 12: Zukunftsorientierte Mobilität festgelegt, dass ein Netz von Premium-Fußwegen und ein Flaneur-Plan entwickelt werden soll, um den fußläufigen Verkehr zu stärken (ISEK, Seite 174). Konkret heißt es im ISEK, dass für die Premium-Wege Qualitätsstandards im MEP festgelegt werden sollen und ein Konzept für den Flaneur-Plan erstellt werden soll.

Da dies bislang nicht im Prozess der Erstellung des MEP berücksichtigt wurde, dieses Thema aber nach wie vor eine hohe Bedeutung hat, schlagen wir vor, ein Konzept für Qualitätsstandards für Fußwege außerhalb des MEP zu erstellen. Dabei sind insbesondere die Wege, die häufig von Kindern und älteren Menschen genutzt werden, zu betrachten. Mit den hier beantragten Mitteln könnte z.B. ein externes Planungsbüro beauftragt werden.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Anlage 3

Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte
zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2024 - 2029

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte												Abstimmungsergebnis																									
												dafür	dagegen	Enthaltung																							
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €																										
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr																																					
Baugebiet Feldstr. AP 23 - Antrag von SBR 310																																					
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	-3.285.000																										
1	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	SBR 310	bisher	3.285.000	0	0	0	0	0	3.285.000	<p>Vorziehen der Einzahlungsrate (hier Beiträge) 2030 in Höhe von 3.285.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr.auf 2025-2028; die Einzahlungsraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden</p> <p>Anmerkung der Verwaltung</p> <p>Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die investiven Finanzraten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen.</p> <p>Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN" vor.</p>																									
				neu	3.285.000	0	2.000.000	950.000	165.000	170.000	0					0																					
				Veränderung	0		2.000.000	950.000	165.000	170.000	0					-3.285.000																					
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-2.450.000		1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	-6.100.000																										
2	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	SBR 310	bisher	6.679.995	579.995	0	0	0	0	6.100.000	<p>Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 6.100.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr. auf 2025-2029; die Finanzraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden</p> <p>zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 450.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.000.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 1.200.000 EUR</p> <p>Anmerkung der Verwaltung</p> <p>Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die investiven Finanzraten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen.</p> <p>Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN" vor.</p>																									
				neu	4.229.995	579.995	1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0					0																					
				Veränderung	-2.450.000		1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0					-6.100.000																					
				<table><tr><td>VE 2026:</td><td>0</td><td>VE 2026 neu:</td><td>450.000</td><td>VE 2026 Veränderung:</td><td>450.000</td></tr><tr><td>VE 2027:</td><td>0</td><td>VE 2027 neu:</td><td>1.000.000</td><td>VE 2027 Veränderung:</td><td>1.000.000</td></tr><tr><td>VE 2028:</td><td>0</td><td>VE 2028 neu:</td><td>1.200.000</td><td>VE 2028 Veränderung:</td><td>1.200.000</td></tr><tr><td>VE 2029:</td><td>0</td><td>VE 2029 neu:</td><td>0</td><td>VE 2029 Veränderung:</td><td>0</td></tr></table>								VE 2026:	0	VE 2026 neu:	450.000	VE 2026 Veränderung:	450.000	VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	VE 2027 Veränderung:	1.000.000	VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.200.000	VE 2028 Veränderung:	1.200.000	VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	VE 2029 Veränderung:	0		
VE 2026:	0	VE 2026 neu:	450.000	VE 2026 Veränderung:	450.000																																
VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	VE 2027 Veränderung:	1.000.000																																
VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.200.000	VE 2028 Veränderung:	1.200.000																																
VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	VE 2029 Veränderung:	0																																

--	--

Einrichtung geschützte Radverkehrstreifen

		17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)												
			50.000	50.000	0	0	0	0	0	0					
5	125	4S.660012 FB 66: Programm Radwege/Neubau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN												
			bisher	2.873.336	2.230.365	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 50.000 EUR für 2025 für die Einrichtung eines provisorischen, geschützten Radfahrstreifens mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall			
			neu	3.530.365	2.230.365	300.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0				
			Veränderung	657.030	0	50.000	0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten Haushaltsmittel für die Verbesserung der Radverkehrsführung und der Qualitätsstandards im Radverkehr.		

26		Baumaßnahmen (Veränderungen)	0	0	0	0	0	0	0	0			
125	4S.660012	FB 66: Programm Radwege/Neubau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN										
6		bisher	2.873.336	2.873.336	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 50.000 EUR für 2025 für die Einrichtung eines provisorischen, geschützten Radfahrstreifens mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall		
		neu	2.873.336	2.873.336	0	0	0	0	0	0			
		Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0			
											Anmerkung der Verwaltung Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten Haushaltsmittel für die Verbesserung der Radverkehrsführung und der Qualitätsstandards im Radverkehr.		

17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)

7	121	4S.660012 FB 66: Programm Radwege/Neubau	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI								zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 2.410.000 EUR für den Neubau von Radwegen, um die vorgenommenen Kürzungen im Vergleich zum Haushalt 2023 ff. auf diesem Projekt zurückzunehmen			
	bisher	3.480.365	2.230.365	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0					
	neu	3.480.365	2.230.365	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0					
	Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0					
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		7.230.000	0	0	2.410.000	2.410.000	2.410.000	0					

8	121	4S.660012 FB 66: Programm Radwege/Neubau	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI								zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 2.410.000 EUR für 2027-2029 für den Neubau von Radwegen, um die vorgenommenen Kürzungen im Vergleich zum Haushalt 2023 ff. auf diesem Projekt zurückzunehmen				
			bisher	2.873.336	2.873.336	0	0	0	0	0					0
			neu	10.103.336	2.873.336	0	0	2.410.000	2.410.000	2.410.000					0
			Veränderung	7.230.000	0	0	0	2.410.000	2.410.000	2.410.000					0

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €			
Planung weiterer Velorouten														
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				400.000		200.000	200.000	0	0	0	0			
122	3E.66 NEU	weitere Velorouten / Vorplanung		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN										
9				bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 400.000 EUR (2025 und 2026 je 200.000 EUR) für die Planung von zwei weiteren Velorouten		
				neu	400.000	0	200.000	200.000	0	0	0			
				Veränderung	400.000	0	200.000	200.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten den Bau der Veloroute Weststadt.		
Bau Veloroute Timmerlah-Broitzem														
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				2.400.000		0	1.200.000	1.200.000	0	0	0			
123	5E.66 NEU	Veloroute Timmerlah Broitzem / Bau		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN										
10				bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 2.400.000 EUR (2026 und 2027 je 1.200.000 EUR) für den Bau der Veloroute Timmerlah Broitzem; nach Präsentation der Vorplanung für die Veloroute Timmerlah-Broitzem soll mit einer abschnittswisen Realisierung erster Baumaßnahmen schon in 2026 begonnen und in 2027 fortgesetzt werden		
				neu	2.400.000	0	0	1.200.000	1.200.000	0	0			
				Veränderung	2.400.000	0	0	1.200.000	1.200.000	0	0	zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.200.000 EUR		
												Anmerkung der Verwaltung Der Antrag überschneidet sich mit der Ansatzveränderung Nr. 66 Veloroute Weststadt / Neubau. Um die Finanzraten nicht doppelt aufzunehmen, müsste grundsätzlich ein Antrag abgelehnt werden. Möglich wäre auch den Antrag dahingehend zu ändern, dass dieser sowohl den Beginn in 2026, als auch die von der Verwaltung vorgeschlagenen Gesamtmittel i. H. v. 4 Mio. € berücksichtigt.		
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.200.000	VE 2027 Veränderung:	1.200.000					
Sanierung Radwege														
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				3.400.000		2.350.000	1.050.000	0	0	0	0			
4E.66 Neu	Thiedestr. / Sanierung Radwege		SBR 222											
11				bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Sanierung der Radwege entlang der Thiedestr. in Rünigen (ab der Berkenbuschstr. beidseitig Richtung Norden bis Ortsende)		
				neu	1.100.000	0	50.000	1.050.000	0	0	0			
				Veränderung	1.100.000		50.000	1.050.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Kosten werden auf rd. 1.100.000 EUR geschätzt. Aufgrund der Größenordnung der Maßnahme wären bei einem Beginn der Planung in 2025 die Baukosten in 2026 zu veranschlagen.		
4E.66 Neu	Saarstr. / Sanierung Radwege		SBR 321											
12				bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Sanierung der Radwege Saarstraße - stadtein- und stadtauswärts.		
				neu	2.300.000	0	2.300.000	0	0	0	0			
				Veränderung	2.300.000		2.300.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Kosten für eine grundhafte Sanierung der bestehenden Radwegflächen, beiderseits der Saarstraße im oben genannten Abschnitt, würden etwa 2.300.000 EUR betragen. Aufgrund der Größenordnung der Maßnahme wären bei einem Beginn der Planung in 2025 die Baukosten in 2026 zu veranschlagen. Es sind keine Kosten für eine Optimierung der Radwegbreiten enthalten, da die zur Verfügung stehenden Flächen dies nicht ermöglichen. Ein solcher Eingriff würde zudem die Baumwurzeln beeinträchtigen und die Bäume schädigen, so dass diese vermutlich nicht erhalten werden können. Eine reine Deckensanierung würde ca. 800.000 € kosten. Aufgrund der dabei zu überbauenden Wurzeln wäre die Radwegoberfläche danach jedoch wellig und es würde bald erneut zu Aufbrüchen im Asphalt kommen.		

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte												Abstimmungsergebnis			
												dafür	dagegen	Enthaltung	
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €				
Unterflurverlegung Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld															
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				190.000		190.000	0	0	0	0	0				
13	4E.66NEU Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld / Unterflurverlegung	SBR 120													
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Unterflurverlegung von den Wertstoffcontainern der Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth- Str. / Franzsches Feld.			
		neu	190.000	0	190.000	0	0	0	0	0	0				
		Veränderung	190.000	0	190.000	0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Kostenschätzung beläuft sich auf 190.000 EUR.			
sonstige Tiefbaumaßnahmen															
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				656.000		356.000	300.000	0	0	0	0				
14	3E.66 Neu Kreuzung Berliner Heerstraße-Ziegelelkamp/Planung Umgestaltung	SBR 111													
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2025 für die Planung der Umgestaltung der zentralen Kreuzung Berliner Heerstraße / Ziegelelkamp / Am Feuerteich für eine klare und eindeutige Verkehrsführung			
		neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	0	0				
		Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	0	0				
15	4S.66 Neu Sommerstraßen SBR 120 / Umsetzung	SBR 120													
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Prüfung der Eignung verschiedener Optionen zur Einrichtung einer Sommerstraße im Stadtbezirk Östliches Ringgebiet und für die anschließende Umsetzung.			
		neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	*)	0				
		Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	*)	0	Anmerkung der Verwaltung Für die erfolgreiche Durchführung von Sommerstraßen sind verschiedene personelle und materielle Ressourcen sowie infrastrukturelle Voraussetzungen erforderlich. Finanziert werden müssen u. a. Kommunikationsmaterial, Bürgerbeteiligung, Ausstattung (wie z. B. Mobiliar mit Sitzmöglichkeiten, mobiles Grün, etc.), Verkehrseinrichtungen sowie ggf. Veranstaltungen, Ausstellungsmaterial etc. Je nachdem in welchem Umfang und mit welcher Ausstattung eine Sommerstraße umgesetzt werden soll, variieren die Kosten für die Maßnahme. Auf Grundlage der benannten Ausgaben von anderen Städten, die bereits eine Sommerstraßen eingerichtet haben, sind für eine erfolgreiche Umsetzung von Sommerstraßen eine Planstelle sowie Mittel pro Sommerstraße in Höhe von ca. 100.000 EUR jährlich erforderlich. Daher wurde der Antrag in einen Antrag zum Investitionsprogramm und einen Stellenplanantrag aufgeteilt. Die Verwaltung sieht eine Vorberatung der Stellenplananträge im FPDA am 28.11.2024 vor (lfd. Nr. SBR13). Aufgrund dieses Zusammenhangs sollte mit dem gleichen Ergebnis über die beiden Antragsteile abgestimmt werden.			
16	123 4E.66 Neu Prinzenweg / barrierefreier Umbau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN													
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 300.000 EUR für den barrierefreien Umbau des Prinzenweges			
		neu	300.000	0	0	300.000	0	0	0	0	0	Die Verwaltung wird gebeten, die Finanzraten so zu gestalten, dass diese Maßnahme im Jahr 2026 umgesetzt werden kann. Ein Umsetzungsvorschlag ist den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 vorzulegen.			
		Veränderung	300.000	0	0	300.000	0	0	0	0	0	Sollte der Prinzenweg Teil der dritten Vekoroute in Richtung Timmerlah / Broitzem werden, können diese Mittel auf dieses Projekt umgelegt werden. Anmerkung der Verwaltung Die Kosten werden auf rund 400.000 EUR geschätzt. Um die Maßnahme umsetzen zu können, wäre der Antrag dahingehend zu ändern. Die Haushaltsmittel sollten für 2026 eingeplant werden.			

Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte												Abstimmungsergebnis			
												dafür	dagegen	Enthaltung	
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten	Plan und Ist Vorjahre	2025	2026	2027	2028	2029	Restbedarf ab 2030				
				in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €				
17	4E.66 Neu	Holbeinstr. / Umgestaltung zu verkehrsberuhigtem Bereich	SBR 120	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 die Umgestaltung des nördlichsten Abschnittes der Holbeinstraße zwischen Spitzwegstraße und Richterstraße in einen verkehrsberuhigten Bereich (Spielstraße)			
				neu	300.000	0	300.000	0	0	0	0				
				Veränderung	300.000		300.000	0	0	0	0				
				Anmerkung der Verwaltung Zur Umwandlung des nördlichen Abschnitts der Holbeinstraße zwischen Spitzwegstraße und Richterstraße in einen verkehrsberuhigten Bereich ist ein niveaugleicher Ausbau der Abschnittes erforderlich. Die Umbaukosten werden auf ca. 300.000 EUR geschätzt. Eine Umsetzung ist frühestens Ende 2026 möglich. Die beantragten Finanzmittel werden dennoch in 2025 dargestellt, da die Verwaltung nicht entscheiden kann, den politischen Antrag entsprechend zu verändern.											
18	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	SBR 120	bisher	3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Bordsteinabsenkung an der Einmündung des Gehweges an der Schlegelstr. in die Herzogin-Elisabeth-Str.			
				neu	3.506.000	2.000.000	306.000	300.000	300.000	300.000	0				
				Veränderung	6.000	0	6.000	0	0	0	0				
				Anmerkung der Verwaltung Die Kostenschätzung beläuft sich auf 6.000 EUR.											
19	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	SBR 321	bisher	3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Befestigung der Haltestelle Lammer Heide, stadteinwärts (so wie stadtauswärts).			
				neu	3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0				
				Veränderung	0	0	0	0	0	0	0				
				Anmerkung der Verwaltung Der Abschluss der Umsetzung ist aus bestehenden Haushaltsmitteln im Oktober 2024 geplant (s. auch DS 24-24192-01). Daher ist keine Aufnahme weiterer Haushaltsmittel notwendig.											
Umrüstung Müllbehälter															
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			30.000		30.000	0	0	0	0	0				
166	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	CDU-Fraktion	bisher	29.098.200	22.598.200	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 i. H. v. 30.000 EUR zur weiteren Umrüstung der Müllbehälter in der Innenstadt vom Modell "Rostock" auf das Modell "Kendo"			
neu				29.128.200	22.598.200	1.330.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0					
Veränderung				30.000		30.000	0	0	0	0					
20															

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_120 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung

Begründung:

Nachdem die Stadt Braunschweig mehr als 2 Millionen Euro Eigenanteil für den Austausch des belasteten Bodens der ehemaligen Bezirkssportanlage Kälberwiese investiert hat, verzögerte sich die Entwicklung des Baugebietes Feldstraße aufgrund von Klagen seit Jahren immer weiter. In der Mitteilung 24-22807 vom 09.0.2024 teilte die Verwaltung noch mit, dass eine zeitnahe Aufnahme des Bebauungsplanes in Aussicht steht.

Im Haushaltsplanentwurf sind die für die Entwicklung benötigten Mittel nun auf nach 2030 verschoben worden. Auch die Gelder für den Neubau der Kita Feldstraße/Kälberwiese sind entsprechend verschoben. Als Begründung wird die Prioritätensetzung genannt. Diese Entwicklung können wir von der FRAKTION.BS nicht hinnehmen. Zum einen wird das Baugebiet zur Schaffung von Wohnraum benötigt und zum andern hat sich bereits jetzt ein "Wäldchen" auf dem Baugebiet gebildet. Dass nach 2030 eine Erschließung ohne erneute Umweltprüfung möglich ist, wird stark bezweifelt. Damit wären auch die eingesetzten Mittel verloren.

Wir beantragen die Einsetzung der Planungsdaten aus dem IP 2023. Das führt zu einer Haushaltsentlastung von rund 2.5 Mio. Euro, da die Gesamtkosten sich von 4,4 auf 6,8 Mio. Euro erhöhen, falls es zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Verschiebung kommt.

Stellungnahme:

Zur Finanzierung der Erschließung wurde zwischenzeitlich die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) gebeten, Mittel in ausreichender Höhe in ihren Wirtschaftsplan einzustellen. Die GGB hat bestätigt, dass die Erschließungskosten im Wirtschaftsplan mit aufgenommen werden. Dies steht jedoch unter dem Vorbehalt der Zustimmung zum Wirtschaftsplan durch den Aufsichtsrat sowie den FPDA und unter Vorbehalt der Beschlussfassung von APH und Aufsichtsrat zum Erschließungsvertrag/Städtebaulichen Vertrag.

Das Räumen der Fläche vom spontanen Bewuchs wird in Kürze erfolgen.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_121 der
Gruppe Die Fraktion.BS – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Programm Radwege/Neubau

Begründung:

Die Kürzung der Raten für 2025 und 2026 soll sich laut Verwaltung ergeben, weil die Mittel auf konkrete Einzelprojekte verteilt wurden. Dazu hat unsere Fraktion eine Anfrage eingereicht. Hier wird beantragt, dass die Kürzung für den Radweg Neubau ab 2027 – von 2,7 Mio., auf 250.000 – nicht stattfindet.

Stellungnahme:

Es hat keine Kürzung bei den Mitteln für den Radverkehr gegeben, sondern lediglich eine Umverteilung innerhalb des Investitionsprogramms. Zur konkreten Umverteilung siehe Antwort zu Anfrage A_030.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_122 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 66: Planung weiterer Velorouten

Begründung:

Für die Planung weiterer Veloroute unter anderem in Richtung Timmerlah/Broitzem finden sich im Entwurf des Haushaltsplans 2025/2026 bislang keine Planungsmittel für das Jahr 2025 und nur geringe Mittel für das Jahr 2026. Um einen schnellen und verlässlichen Planungsprozess sicherzustellen sollen deshalb für die Jahre 2025 und 2026 jeweils 200.000 € an Planungskosten über die im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Mittel hinaus zur Verfügung gestellt werden.

Antwort:

Die zum Doppelhaushalt 2023/2024 in dem Projekt 3E.660021 "Veloroute Nr.3 /Vorplanung" bereitgestellten Mittel sind noch nicht verausgabt. Die Rate 2024 i. H. v. 100.000 € kann einmalig als Haushaltsrest nach 2025 übertragen und weiter genutzt werden. Weitere Planungsmittel wären erst ab 2026 sinnvoll.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_123 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 66: Veloroute Timmerlah Broitzem / Bau

Begründung:

Nach Präsentation der Vorplanung für die Veloroute Timmerlah/Broitzem soll mit einer abschnittswisen Realisierung erster Baumaßnahmen schon in 2026 begonnen und in 2026 fortgesetzt werden. Da dafür bislang keine Baukosten im Haushalt veranschlagt wurden, sollen insgesamt 2,4 Mio. € über die bestehenden Haushaltsansätze hinaus zur Verfügung gestellt werden.

Stellungnahme:

Im Zuge der Ansatzveränderungen wurde das neue Projekt "Veloroute Weststadt" mit 1 Mio. € jährlich ab 2027 angemeldet. Hiermit kann mit der Umsetzung der Veloroute begonnen werden.

Da für die Route noch kein Trassenbeschluss geschweige denn eine Planung vorliegt, können die für die Umsetzung benötigten Haushaltsmittel noch nicht beziffert werden.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_124 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Barrierefreier Umbau des Prinzenwegs

Für den barrierefreien Umbau des Prinzenwegs werden im Investitionsprogramm des Teilhaushalts Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr insgesamt 300.000 € über die bereits veranschlagten Haushaltsmittel hinaus zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird gebeten, die Planungsraten so zu gestalten, dass diese Maßnahme im Jahr 2026 umgesetzt werden kann. Ein Umsetzungsvorschlag ist den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 vorzulegen.

Sollte der Prinzenweg Teil der dritten Veloroute in Richtung Timmerlah/Broitzem werden, können diese Mittel auf dieses Projekt umgelegt werden.

Begründung:

Mit dem 1. Kommunalen Aktionsplan Inklusion - kurz: KAP - hat sich die Stadt Braunschweig das Ziel gesetzt, dass öffentliche Straßen und Plätze inklusiv nutzbar sind. Als Pilotprojekt wird das Kopfsteinpflaster des Prinzenwegs so behandelt, dass eine barrierefreie und den Richtlinien entsprechend breite Oberfläche entsteht. Die Planung und Ausführung erfolgt in Abstimmung mit den betroffenen Verbänden (z.B. Behindertenbeirat, Mobilitätsverbände).

Im Prinzenweg sind nur schmale Fußwege mit einer Breite von ca. 80 cm vorhanden, die mit noch schmaleren glatten Plattenstreifen gepflastert sind. Für Menschen mit Rollatoren und Rollstühlen sind diese Fußwege nicht komfortabel und gefahrlos befahrbar. Zudem werden die glatten Plattenstreifen von Radfahrenden u.a. mit Kinderanhängern und -sitzen wegen des groben Schüttelpflasters in der Fahrbahnmitte genutzt. Der Weg ist Teil einer wichtigen Fahrradrouten vom Westlichen Ringgebiet in die Innenstadt und wird von vielen Fußgänger*innen als Verbindungsweg zwischen dem Wilhelmtorwall und der Güldenstraße in Richtung Innenstadt genutzt (durchschnittlich 2.000 Radfahrer*innen/Tag an der Zählstelle Ferdinandbrücke).

Stellungnahme:

Die Kostenschätzung von 300.000 € wird für den Umbau des Prinzenweges fachlich als zu gering erachtet. Die Kosten werden auf rund 400.000 € geschätzt.

Bei Mittel sollten in 2026 eingeplant werden.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_125 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Verkehrssicherheit im Bereich Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall erhöhen.

In das Investitionsprogramm des Jahres 2025 werden über die bereits veranschlagten Haushaltsansätze hinaus 50.000 € zur Verfügung gestellt, um entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall einen provisorischen geschützten Radfahrstreifen einzurichten.

Die Verwaltung wird gebeten, hierzu bis zum zweiten Quartal 2025 einen konkreten Umsetzungsvorschlag zu entwickeln und den Gremien zum Beschluss vorzulegen.

Begründung:

Es ist geplant auf den Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall die Veloroute Wallring umzusetzen (s. Beschluss zur „Veloroute in Braunschweig: Wallring, DS 23-20323“). Für die finale Planung sind noch die Ergebnisse des MEP ausstehend. Eine kurzfristige Umsetzung dieser Veloroute im südlichen Ringabschnitt ist bedauerlicherweise nicht zu erwarten. Der nördliche Radweg der Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall und Kalenwall ist in einem baulich sehr schlechten Zustand und ist nicht mehr sicher befahrbar. Fußgänger*innen werden in Folge des notwendigen Ausweichens der Radfahrenden auf den Gehweg gefährdet. Der Radweg entspricht technisch nicht den aktuellen Regelwerken z.B. in Bezug auf die Breite.

Diesen Radweg mit einfachen Mitteln zu sanieren, z.B. aus dem Radwegedeckenerneuerungsprogramm würde kaum eine Verbesserung für den Radverkehr bedeuten. Ein jetziger Umbau ist auf Grund des geplanten Umbaus zur Veloroute wirtschaftlich nicht zu vertreten.

Da ein akuter Handlungsbedarf besteht, schlagen wir vor, hier einen provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr zulasten einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr einzurichten.

Die hier beantragten Finanzmittel werden dadurch überkompensiert, da eine zwingend erforderliche Radwegedeckenerneuerung zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit bei der Umsetzung dieses Antrags entfallen kann.

Die Sperrung derselben Fahrspur während einer längeren Baumaßnahme hat augenscheinlich zu keiner Beeinträchtigung des motorisierten Verkehrs geführt. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass eine temporäre Umwidmung möglich ist.

Antwort:

Die Machbarkeit einer dauerhaften Maßnahmen gegenüber einer temporären Sperung aufgrund einer Baumaßnahme müsste verkehrstechnisch (insbesondere Kreuzungsbereiche/LSA) überprüft werden. Die Untersuchung dürfte die beantragten Mittel benötigen. Mit Baukosten >250.000 € wäre nach erster überschlägiger Betrachtung zu rechnen.

Wie in der Begründung zu dem Antrag bereits ausgeführt, sind für die finale Planung noch die Ergebnisse des MEP ausstehend.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_166 der
CDU-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Zusätzliche Müllbehälter Innenstadt

Begründung:

Es wird die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur weiteren Umrüstung der Müllbehälter in der Innenstadt vom Modell „Rostock“ auf das Modell „Kendo“ beantragt.

Bereits zum Haushalt 2018 hatte die CDU-Fraktion die Installation weiterer Müllbehälter – auch Unterflurbehälter – vorgeschlagen. Vorausgegangen waren entsprechende Anfragen im seinerzeitigen Bauausschuss, um geeignete Standorte zu erfragen.

Auf Vorschlag der ALBA Braunschweig GmbH gab es darüber hinaus nun die Entscheidung, vom Modell „Rostock“ auf das Modell „Kendo“ umzustellen und damit schon durch die Behälter (größeres - FWI 166 -

Fassungsvermögen, schräge Oberfläche, besondere Beschichtung zur leichteren Entfernung von Graffiti und Aufklebern) die Sauberkeit in der Innenstadt zu erhöhen.

In der Mitteilung 22-17870 hatte die Verwaltung darüber berichtet, dass für die auf Antrag der örtlichen CDU-Fraktion im Bezirksrat Innenstadt eingestellten 10.000 Euro insgesamt zwölf neue Müllbehälter vom Modell „Kendo“ beschafft werden sollten. Bereits zum Doppelhaushalt 2023/24 lag ein identischer Haushaltsantrag der CDU vor, da eine flächendeckende Umrüstung nicht vorgesehen war und weiterhin nicht ist. Mit den nun beantragten 30.000 Euro kann diese aber forciert werden. Notwendig ist dies auf jeden Fall, da auch in den zurückliegenden zwei Jahren das Problem der Verschmutzung in der Innenstadt weiter zugenommen hat.

Im Übrigen erhebt auch der Arbeitsausschuss Innenstadt regelmäßig in seinem vielbeachteten City-Check die Forderung nach weiteren Müllbehältern und macht dabei stets konkrete Standortvorschläge.

Stellungnahme:

Grundsätzlich ist ein Austausch bzw. eine Ergänzung von Abfallbehältern möglich.

Eine Ausschreibung mit der Angabe eines genauen Produktes wie der Modellangabe „Kendo“ ist vergaberechtlich jedoch nicht möglich. Es können in der Ausschreibung lediglich Anforderungen beschrieben werden die dem gewünschten Modell entsprechen und eine Skizze beigelegt werden.

Neue Standorte oder auch Standorte wo diese neuen, größeren Behälter mit 90 Liter Fassungsvermögen, gegen einen kleineren Behälter ausgetauscht werden sollen, müssten verwaltungsintern und mit der ALBA zunächst abgestimmt werden.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					

Nachrichtlich
Anträge im Original

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66

Projekt-Nr.
5E.660106

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026 / INVESTITIONSPROGRAMM 2024 - 2029

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660106

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes: Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung

☐ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2025	mehr/weniger (+/-)	+ 1.020.000 €
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2026	Mehr/weniger (+/-)	+ 440.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2025/2026** eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von _____ €

zu Lasten der Jahre

2026 in Höhe von _____ €

2027 in Höhe von _____ €

2028 in Höhe von _____ €

2029 in Höhe von _____ €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

_____ €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2030
		2025	2026	2027	2028	2029	
-4.465	-717	1.040	- 468	-1.040	-1.200	0	0

Begründung:

Nachdem die Stadt Braunschweig mehr als 2 Millionen Euro Eigenanteil für den Austausch des belasteten Bodens der ehemaligen Bezirkssportanlage Kälberwiese investiert hat, verzögerte sich die Entwicklung des Baugebietes Feldstraße aufgrund von Klagen seit Jahren immer weiter. In der Mitteilung 24-22807 vom 09.0.2024 teilte die Verwaltung noch mit, dass eine zeitnahe Aufnahme des Bebauungsplanes in Aussicht steht.

- FWI 120 -

Im Haushaltsplanentwurf sind die für die Entwicklung benötigten Mittel nun auf nach 2030 verschoben worden. Auch die Gelder für den Neubau der Kita Feldstraße/Kälberwiese sind entsprechend verschoben. Als Begründung wird die Prioritätensetzung genannt. Diese Entwicklung können wir von der FRAKTION.BS nicht hinnehmen. Zum einen wird das Baugebiet zur Schaffung von Wohnraum benötigt und zum andern hat sich bereits jetzt ein "Wäldchen" auf dem Baugebiet gebildet. Dass nach 2030 eine Erschließung ohne erneute Umweltprüfung möglich ist, wird stark bezweifelt. Damit wären auch die eingesetzten Mittel verloren. Wir beantragen die Einsetzung der Planungsdaten aus dem IP 2023. Das führt zu einer Haushaltsentlastung von rund 2.5 Mio. Euro, da die Gesamtkosten sich von 4,4 auf 6,8 Mio. Euro erhöhen, falls es zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Verschiebung kommt.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66

Projekt-Nr.
4S.660012

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026 / INVESTITIONSPROGRAMM 2024 - 2029

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 4S.660012

Seite des Investitionsprogramms:

1249

Bezeichnung des Projektes: Programm Radwege/Neubau

☐ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2025 mehr/weniger (+/-) €
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2026 Mehr/weniger (+/-) €

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2025/2026** eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre

2026 in Höhe von €

2027 in Höhe von €

2028 in Höhe von €

2029 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2030
		2025	2026	2027	2028	2029	
14.155	5.413	380	382	2.660	2.660	2.660	

Begründung:

Die Kürzung der Raten für 2025 und 2026 soll sich laut Verwaltung ergeben, weil die Mittel auf konkrete Einzelprojekte verteilt wurden. Dazu hat unsere Fraktion eine Anfrage eingereicht. Hier wird beantragt, dass die Kürzung für den Radweg Neubau ab 2027 – von 2,7 Mio., auf 250.000 – nicht stattfindet.

Gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Teilhaushalt / Org.-Einheit 66 / FB 66
Projekt-Nr. 3.E66.NEU

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026 / INVESTITIONSPROGRAMM 2025 - 2029

☒ Neues Projekt

☐ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: _____

Seite des Investitionsprogramms:

Bezeichnung des Projektes: FB 66: Planung weiterer Velorouten

☒ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2025	mehr/weniger (+/-)	<u>+200.000 €</u>
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2026	Mehr/weniger (+/-)	<u>+200.000 €</u>

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2025/2026** eine Verpflichtungsermächtigung

	in Höhe von	<u>€</u>
zu Lasten der Jahre	2026 in Höhe von	<u>€</u>
	2027 in Höhe von	<u>€</u>
	2028 in Höhe von	<u>€</u>
	2029 in Höhe von	<u>€</u>

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2030
		2025	2026	2027	2028	2029	
-400		-200	-200				

Begründung:

Für die Planung weiterer Veloroute unter anderem in Richtung Timmerlah/Broitzem finden sich im Entwurf des Haushaltsplans 2025/2026 bislang keine Planungsmittel für das Jahr 2025 und nur geringe Mittel für das Jahr 2026. Um einen schnellen und verlässlichen Planungsprozess sicherzustellen sollen deshalb für die Jahre 2025 und 2026 jeweils 200.000 € an Planungskosten über die im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Mittel hinaus zur Verfügung gestellt werden.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Projekt-Nr.
5E.66.NEU

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026 / INVESTITIONSPROGRAMM 2025 - 2029

☒ Neues Projekt

☐ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: _____

Seite des Investitionsprogramms:

Bezeichnung des Projektes: FB 66: Veloroute Timmerlah Broitzem / Bau

☒ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2025 mehr/weniger (+/-) _____

Beantragte Veränderung zum Haushalt 2026 Mehr/weniger (+/-) _____

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2025/2026** eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von _____ €

zu Lasten der Jahre

2026 in Höhe von _____ €

2027 in Höhe von 1,2 Mio. €

2028 in Höhe von _____ €

2029 in Höhe von _____ €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen _____ €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2030
		2025	2026	2027	2028	2029	
-2.400			-1.200	-1.200			

Begründung:

Nach Präsentation der Vorplanung für die Veloroute Timmerlah / Broitzem soll mit einer abschnittswisen Realisierung erster Baumaßnahmen schon in 2026 begonnen und in 2026 fortgesetzt werden. Da dafür bislang keine Baukosten im Haushalt veranschlagt wurden, sollen insgesamt 2,4 Mio. € über die bestehenden Haushaltsansätze hinaus zur Verfügung gestellt werden.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift

Barrierefreier Umbau des Prinzenwegs

Beschlussvorschlag

Für den barrierefreien Umbau des Prinzenwegs werden im Investitionsprogramm des Teilhaushalts Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr insgesamt 300.000 € über die bereits veranschlagten Haushaltsmittel hinaus zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird gebeten, die Planungsraten so zu gestalten, dass diese Maßnahme im Jahr 2026 umgesetzt werden kann. Ein Umsetzungsvorschlag ist den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 vorzulegen.

Sollte der Prinzenweg Teil der dritten Veloroute in Richtung Timmerlah/Broitzem werden, können diese Mittel auf dieses Projekt umgelegt werden.

Begründung

Mit dem 1. Kommunalen Aktionsplan Inklusion - kurz: KAP - hat sich die Stadt Braunschweig das Ziel gesetzt, dass öffentliche Straßen und Plätze inklusiv nutzbar sind. Als Pilotprojekt wird das Kopfsteinpflaster des Prinzenwegs so behandelt, dass eine barrierefreie und den Richtlinien entsprechend breite Oberfläche entsteht. Die Planung und Ausführung erfolgt in Abstimmung mit den betroffenen Verbänden (z.B. Behindertenbeirat, Mobilitätsverbände). Im Prinzenweg sind nur schmale Fußwege mit einer Breite von ca. 80 cm vorhanden, die mit noch schmalen glatten Plattenstreifen gepflastert sind. Für Menschen mit Rollatoren und Rollstühlen sind diese Fußwege nicht komfortabel und gefahrlos befahrbar. Zudem werden die glatten Plattenstreifen von Radfahrenden u.a. mit Kinderanhängern und -sitzen wegen des groben Schüttelpflasters in der Fahrbahnmitte genutzt. Der Weg ist Teil einer wichtigen Fahrradroute vom Westlichen Ringgebiet in die Innenstadt und wird von vielen Fußgänger*innen als Verbindungsweg zwischen dem Wilhelmitorwall und der Güldenstraße in Richtung Innenstadt genutzt (durchschnittlich 2.000 Radfahrer*innen/Tag an der Zählstelle Ferdinandbrücke).

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift

Verkehrssicherheit im Bereich Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall erhöhen

Beschlussvorschlag

In das Investitionsprogramm des Jahres 2025 werden über die bereits veranschlagten Haushaltsansätze hinaus 50.000 € zur Verfügung gestellt, um entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall einen provisorischen geschützten Radfahrstreifen einzurichten.

Die Verwaltung wird gebeten, hierzu bis zum zweiten Quartal 2025 einen konkreten Umsetzungsvorschlag zu entwickeln und den Gremien zum Beschluss vorzulegen.

Begründung

Es ist geplant auf den Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall die Veloroute Wallring umzusetzen (s. Beschluss zur „Veloroute in Braunschweig: Wallring, DS 23-20323“). Für die finale Planung sind noch die Ergebnisse des MEP ausstehend. Eine kurzfristige Umsetzung dieser Veloroute im südlichen Ringabschnitt ist bedauerlicherweise nicht zu erwarten. Der nördliche Radweg der Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall und Kalenwall ist in einem baulich sehr schlechten Zustand und ist nicht mehr sicher befahrbar. Fußgänger*innen werden in Folge des notwendigen Ausweichens der Radfahrenden auf den Gehweg gefährdet. Der Radweg entspricht technisch nicht den aktuellen Regelwerken z.B. in Bezug auf die Breite. Diesen Radweg mit einfachen Mitteln zu sanieren, z.B. aus dem Radwegedeckenerneuerungsprogramm würde kaum eine Verbesserung für den Radverkehr bedeuten. Ein jetziger Umbau ist auf Grund des geplanten Umbaus zur Veloroute wirtschaftlich nicht zu vertreten.

Da ein akuter Handlungsbedarf besteht, schlagen wir vor, hier einen provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr zulasten einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr einzurichten.

Die hier beantragten Finanzmittel werden dadurch überkompensiert, da eine zwingend erforderliche Radwegedeckenerneuerung zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit bei der Umsetzung dieses Antrags entfallen kann.

Die Sperrung derselben Fahrspur während einer längeren Baumaßnahme hat augenscheinlich zu keiner Beeinträchtigung des motorisierten Verkehrs geführt. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass eine temporäre Umwidmung möglich ist.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko
Unterschrift

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

FB 66 / FB 66

Projekt-Nr.

4S.660006

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026 / INVESTITIONSPROGRAMM 2024 - 2029

☐ Neues Projekt

X ☐ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5S.660039

Seite des Investitionsprogramms:

1223

Bezeichnung des Projektes:

FB 66: Global-Baumaßnahmen

☐ Baukosten

X ☐ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2025 mehr/weniger (+/-) +30.000 €
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2026 Mehr/weniger (+/-) €

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2025/2026** eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre

2026 in Höhe von €

2027 in Höhe von €

2028 in Höhe von €

2029 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2030
		2025	2026	2027	2028	2029	

Begründung:

Es wird die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur weiteren Umrüstung der Müllbehälter in der Innenstadt vom Modell „Rostock“ auf das Modell „Kendo“ beantragt.

Bereits zum Haushalt 2018 hatte die CDU-Fraktion die Installation weiterer Müllbehälter – auch Unterflurbehälter – vorgeschlagen. Vorausgegangen waren entsprechende Anfragen im seinerzeitigen Bauausschuss, um geeignete Standorte zu erfragen.

Auf Vorschlag der ALBA Braunschweig GmbH gab es darüber hinaus nun die Entscheidung, vom Modell „Rostock“ auf das Modell „Kendo“ umzustellen und damit schon durch die Behälter (größeres

Fassungsvermögen, schräge Oberfläche, besondere Beschichtung zur leichteren Entfernung von Graffiti und Aufklebern) die Sauberkeit in der Innenstadt zu erhöhen.

In der Mitteilung 22-17870 hatte die Verwaltung darüber berichtet, dass für die auf Antrag der örtlichen CDU-Fraktion im Bezirksrat Innenstadt eingestellten 10.000 Euro insgesamt zwölf neue Müllbehälter vom Modell „Kendo“ beschafft werden sollten. Bereits zum Doppelhaushalt 2023/24 lag ein identischer Haushaltsantrag der CDU vor, da eine flächendeckende Umrüstung nicht vorgesehen war und weiterhin nicht ist. Mit den nun beantragten 30.000 Euro kann diese aber forciert werden. Notwendig ist dies auf jeden Fall, da auch in den zurückliegenden zwei Jahren das Problem der Verschmutzung in der Innenstadt weiter zugenommen hat.

Im Übrigen erhebt auch der Arbeitsausschuss Innenstadt regelmäßig in seinem vielbeachteten City-Check die Forderung nach weiteren Müllbehältern und macht dabei stets konkrete Standortvorschläge.

gez. Thorsten Köster
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Anlage 4

Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts

Anlage 4 - Haushaltslesung 2025 ff. - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ifd. Nr.	Teilhaushalt		Veränderungen in €										Anmerkungen
	Produkt-Nr.	Sachkonto	2025		2026		2027		2028		2029		
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
	Fachbereich 06 - Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft		0	+ 455.000	0	+ 235.000	0	+ 235.000	0	+ 235.000	0	+ 235.000	
1	1.54.5450.01 Straßenreinigung und Winterdienst	445610 Erstattung an sonstige öffentl. Sonderr.	Winterdienst für Radwege (s. u.a. Ratsentscheidung vom 14.07.2020 (20-13342-02). Maßnahme 11 der Ratsentscheidung lautet: Verbesserung bei Radwegereinigung und Winterdienst.										
			0	+ 220.000	0	0	0	0	0	0	0	0	
		AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
		FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
2	1.55.5521.01 Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	445717 Erstatt.priv.Untern.-SE BS Nds. WasserG	Einige in der Sonderrechnung Stadtentwässerung ausgewiesene Kanalabschnitte werden in den tatsächlichen Verhältnissen nicht als Kanal, sondern als verrohrtes Gewässer angesehen. Dies hat zur Folge, dass die in der Sonderrechnung anfallenden kalkulatorischen Kosten für die verrohrten Gewässer nicht in die Kalkulation der Niederschlagswassergebühren einbezogen werden können. Der sich daraus ergebene Mehrbedarf i.H.v. rd. 85.000 EUR muss vom städtischen Haushalt getragen werden.										
			0	+ 85.000	0	+ 85.000	0	+ 85.000	0	+ 85.000	0	+ 85.000	
		AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
		FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
3	1.55.5521.01 Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	445717 Erstatt.priv.Untern.-SE BS Nds. WasserG	Die Anmeldungen der Mitgliedsbeiträge für den Wasserverband Mittlere Oker (WVMO) wurde auf die neuen Forderungen des WVMO angepasst.										
			0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	
		AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
		FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
	Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr		0	+ 510.000	0	+ 530.000	0	0	0	0	0	0	
4	1.54.5400.02 Bereitstellung v. Straßen/Wegen/Plätzen	445710 Erstattung an private	Mehrbedarf für die Vertragsentgelte an Bellis und BS Energy, sowie die Niederschlagswassergebühren										
			0	+ 510.000	0	+ 530.000	0	0	0	0	0	0	
		AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
		FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						

Anlage 5

Ansatzveränderungen des
Finanzhaushalts (inkl. IP) 2024 - 2029

Anlage 5 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Abstimmungsergebnis		
													dafür	dagegen	Enthaltung
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen			
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr															
Mobilitätsentwicklungskonzept															
Umbau Innenstadtumfahrung															
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		500.000	250.000	250.000	0	0	0	0			
1	61	3E.66 Neu MEP/Umbau südl. Innenstadtumfahrung/Vorplanung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2026 für den Umbau der südlichen Innenstadtumfahrung (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)			
			neu	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0				
			Veränderung	500.000		250.000	250.000	0	0	0	0				
Qualitätsstandards Radverkehr															
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		200.000	100.000	100.000	0	0	0	0			
2	62	4S.66 Neu MEP / Verbesserung Qualitätsstandards Radverkehr	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2025-2026 für die Verbesserung der Qualitätsstandards im Radverkehr (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)			
			neu	200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0				
			Veränderung	200.000		100.000	100.000	0	0	0	0				
Verbesserungen Radverkehrsführungen															
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		500.000	250.000	250.000	0	0	0	0			
3	63	4S.66 Neu MEP / Verbesserungen Radverkehrsführungen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2026 für die Verbesserung von Radverkehrsführungen in Knotenpunkten (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)			
			neu	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0				
			Veränderung	500.000		250.000	250.000	0	0	0	0				

Anlage 5 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Abstimmungsergebnis		
													dafür	dagegen	Enthaltung
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen			
Förderung Fußverkehr (Innenstadt)															
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				300.000		150.000	150.000	0	0	0	0				
64	4S.66 Neu	MEP / Förderung Fußverkehr		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR für 2025-2026 für die Förderung des Fußverkehrs in der Innenstadt und auf Stadteilebene (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)			
4			neu	300.000	0	150.000	150.000	0	0	0	0				
			Veränderung	300.000		150.000	150.000	0	0	0	0				
Umbau Bohlweg															
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				500.000		250.000	250.000	0	0	0	0				
65	3E.66 Neu	MEP / Umbau Bohlweg / Vorplanung		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2026 für den Umbau des Bohlweges (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)			
5			neu	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0				
			Veränderung	500.000		250.000	250.000	0	0	0	0				
Radverkehrsmaßnahmen															
Veloroute Weststadt															
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				4.000.000		0	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000				
66	5E.66 Neu	Veloroute Weststadt / Neubau		bisher 0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 4.000.000 EUR für 2027-2030 ff für den Bau einer Veloroute "Weststadt" (Vorplanungskosten bisher: 200.000 EUR unter dem Projekt 3E.660021) zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.000.000 EUR			
6			neu	4.000.000	0	0	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000				
			Veränderung	4.000.000		0	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000				
			VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	VE 2027 Veränderung:	1.000.000							
			VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.000.000	VE 2028 Veränderung:	1.000.000							
			VE 2029:	0	VE 2029 neu:	1.000.000	VE 2029 Veränderung:	1.000.000							